

Staat und Religion lassen sich nicht trennen

Die Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Religion in Israel muss mit der Erkenntnis beginnen, dass hier zwei unterschiedliche Konzeptionen des Judentums aufeinanderprallen – eine religiöse und eine nationale. Dementsprechend ist durch die Gründung des Staates Israel kein neutraler gesellschaftlicher Raum entstanden, in dem Menschen, die verschiedenen rituellen Strömungen angehören, lernen, in Frieden miteinander und mit dem Staat und seiner Bürokratie zu leben. Eine solche Übereinkunft, die Ausgangspunkt der europäischen und amerikanischen Modelle ist, beruht auf der Vorstellung von religiösen Rahmen (Religionen), in die sich Individuen freiwillig hineinbegeben und die von ihrer nationalen Identität getrennt sind. Eine solche Vorstellung ist jedoch der inneren Logik der jüdischen Tradition und insbesondere der zionistischen Bewegung fremd.

Zumindest bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren Juden und Jüdinnen sowohl in christlichen als auch in muslimischen Ländern ethnisch-konfessionelle Minderheiten. Als solche Minderheitsgruppen hatten sie verschiedene Pflichten und Privilegien wie jede andere Klasse, Gruppe oder Gilde auch. Mit der Entwicklung der Konzeption der bürgerlichen Gesellschaft und dem Aufstieg der Nationalstaaten in Europa mussten Juden und Jüdinnen Staatsbürger*innen der Länder, in denen sie lebten, werden. Da sie nun das „Volk“, zu dem sie gehörten, über die Mehrheit der Bevölkerung im Land (französisch, deutsch, niederländisch usw.) definieren mussten, wurde ihr Judentum, das bisher eine ethnische Identität – einschließlich verschiedener Traditionen und Gebräuche – war, zu einer „Religion“, das heißt zu einer Konfession, zum rituellen und religiösen Teil ihres Lebens.

Juden und Jüdinnen, die aus verschiedenen Gründen nicht Staatsbürger*innen christlicher Nationalstaaten werden wollten, bestanden darauf, dass Juden und Jüdinnen einen eigenen Nationalstaat benötigen, in dem sie ihre jüdisch-ethnische Identität durch die Verwirklichung ihrer nationalen Selbstbestimmung zum Ausdruck bringen können. Diese Männer und Frauen waren Zionist*innen, und sie lehnten im Allgemeinen genau jene Gebräuche und Glaubensinhalte als anachronistisch und irrelevant ab, die Juden und Jüdinnen, die Staatsbürger*innen europäischer Staaten geworden waren, für die jüdische „Religion“ hielten. Mit anderen Worten, die zionistischen Juden und Jüdinnen führten eine säkulare nationale jüdische Identität ein.

Religion oder Nation?

Diese beiden unterschiedlichen Konzeptionen des Judentums, als Religion und als Nationalität, trafen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Palästina während des Völkerbundmandats aufeinander. Vor der Gründung des Staates Israel mussten sie zu einem gemeinsamen Arrangement kommen. Dabei versuchten säkulare Zionist*innen auf der einen Seite, einen modernen, demokratischen, säkularen Staat zu errichten. Auf der anderen Seite gab es religiöse

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Zionist*innen sowie in Palästina ansässige antizionistische ultraorthodoxe Juden und Jüdinnen, die einen Platz für jüdische religiöse Bräuche im zukünftigen Staat forderten und Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft und des öffentlichen Raums nehmen wollten.

In diesem Aufeinandertreffen von religiöser und nationaler Identität entstand der „Status quo“ des Verhältnisses zwischen Staat und Religion in Israel. Der „Status quo“ ist die Bezeichnung für ein im Juni 1947 unterzeichnetes Übereinkommen zwischen David Ben-Gurion, dem Vorsitzenden der Jewish Agency und späteren israelischen Premierminister, und der Agudath Israel Weltorganisation, der damals größten Organisation des ultraorthodoxen Judentums. Weniger als ein Jahr vor der Staatsgründung und etwa sechs Monate vor Verabschiedung der Resolution 181 der Vereinten Nationen über das Ende des britischen Mandats und die Errichtung zweier Staaten, eines jüdischen und eines arabischen, in Palästina, brachte das Übereinkommen einen seltenen Kompromiss zwischen dem säkular-sozialistischen zionistischen und dem ultraorthodoxen Judentum zum Ausdruck und skizzierte die Umrisse des Verhältnisses zwischen Staat und Religion, das in Israel errichtet werden würde.

Das Übereinkommen legte fest, dass Samstag (Schabbat) der offizielle Ruhetag in Israel sein wird, dass staatliche Institutionen (von der Polizei bis zu Krankenhäusern) koscheres Essen anbieten werden, dass Juden und Jüdinnen nur über das Oberrabbinat (die von den Briten 1921 errichtete rabbinische Verwaltungsinstitution) heiraten dürfen und dass für jede Strömung ein separates öffentliches Schulsystem eingerichtet wird, sodass neben den öffentlichen Schulen Ultraorthodoxe und religiöse Zionit*innen ihre eigenen Schulen betreiben können.

Orthodoxe gegen Zionist*innen

Gemeinhin wird gesagt, dass Ben-Gurion das Abkommen unterzeichnet habe, weil er die Unterstützung der Ultraorthodoxen für die Staatsgründung brauchte. Denn das ultraorthodoxe Judentum lehnte die zionistische Bewegung, die weitgehend säkular war, ab. Nach ihrem Glauben würden die Juden und Jüdinnen erst mit dem Kommen des Messias politische Unabhängigkeit erlangen; deshalb zogen sie eine Fortsetzung des britischen Mandats vor. Da eine Delegation der Vereinten Nationen nach Palästina kam, um die Situation der Bevölkerung und die Möglichkeit zweier Staaten, eines jüdischen und eines arabischen, nach dem Abzug der Briten zu untersuchen, wären gravierende Differenzen im jüdischen Lager sichtbar geworden, wenn die ultraorthodoxe jüdische Bevölkerung in Palästina weiterhin darauf bestanden hätte, dass Juden und Jüdinnen einen solchen Staat überhaupt nicht brauchen. Um dies zu verhindern, unterzeichnete Ben-Gurion das Übereinkommen. Und so sprachen sich die Ultraorthodoxen gegenüber den Vereinten Nationen nicht gegen die Errichtung eines jüdischen Staates aus.

Dies ist jedoch nur die eine Hälfte der Geschichte. Denn neben dem Versuch, die ablehnende

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Haltung der Ultraorthodoxen gegen die Errichtung eines Nationalstaates für das jüdische Volk zu überwinden, musste auch ein Übereinkommen zwischen dem religiösen und dem säkularen zionistischen Judentum getroffen werden. Die Fragen, über die sich geeinigt wurde, Schabbat, jüdische Speisegesetze (Kaschrut) und Eheschließung, waren für die Säkularen als jüdische Bräuche akzeptabel, insbesondere in ihrer Funktion als nationale Symbole. In Bezug auf die Eheschließung konnte der säkulare Zionismus tatsächlich auch auf keine alternativen jüdischen Formen zurückgreifen. Da den Zionist*innen der jüdische Charakter des zukünftigen Staates wichtig war, war für sie die Einigung auf einen „Status quo“ erstrebenswert, ganz ungeachtet der Einstellung der Ultraorthodoxen in Bezug auf den Staat.

Hier kommen wir wieder zu dem anfangs Erklärten zurück: Für das Judentum ist die Trennung zwischen Religion und Nation eine künstliche, lediglich einem christlichen Modell folgend, das ethnischen Gruppen mit anderen Vorstellungen aufgezwungen wurde. Einerseits wollten die Zionist*innen einen säkularen, aber auch jüdischen Staat und wandten sich deshalb den Traditionen und Bräuchen zu, die die jüdische Identität vor der Neuzeit geprägt hatten und die weiterhin eine zentrale Rolle im jüdischen Selbstbewusstsein spielten. Andererseits strebten diejenigen, die sich an die Halacha hielten, religiöse Autonomie an, konnten aber aufgrund der gemeinschaftlich-ethnischen Struktur des Judentums nicht umhin zu versuchen, auf die Gesellschaft und den öffentlichen Raum Einfluss zu nehmen, und darauf zu dringen, dass die religiösen Ehegesetze für alle bindend sind.

Religion und Staat lassen sich nicht trennen

Daraus ergibt sich, dass eine vollständige Trennung von Staat und Religion im jüdischen Staat, der neben dem arabischen errichtet werden sollte, unmöglich gewesen wäre, da er als Nationalstaat des jüdischen Volkes konzipiert war und die kollektiv-ethnische Dimension des jüdischen Volkes in seiner Identität mit eindeutig rituellen Dimensionen verbunden ist. Mit anderen Worten, die rituellen Dimensionen sind integraler Bestandteil ihrer Identität als Juden und Jüdinnen. Eine vollständige Trennung zwischen dem staatsbürgerlichen Raum und der religiösen Dimension (die in westlichen Ländern als „privat“ angesehen wird) wäre in einem jüdischen Staat nicht möglich gewesen, ohne das Selbstverständnis von Juden und Jüdinnen ernsthaft zu beeinträchtigen.

Dabei war allerdings das Ausmaß der Befugnisse, die der Staat dem jüdischen religiösen Establishment einräumt, nicht festgelegt, sondern Gegenstand von Verhandlungen. Seit Staatsgründung ist zudem umstritten, in welcher Art und in welchem Umfang der Staat dem religiösen Establishment erlaubt, in das Privatleben seiner jüdischen Staatsbürger*innen einzugreifen. Im Folgenden werde ich die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Religion in Israel und die Veränderungen des „Status quo“ in zwei zentralen Bereichen erläutern: Eheschließung und Schabbat.

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Wie im Laufe des vorliegenden Artikels deutlich werden wird, wurde in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung per Gesetz ein kollektivistischer Rahmen geschaffen, der den jüdischen Staatsbürger*innen Israels vorschrieb, sich in verschiedenen Lebensbereichen an jüdisch-orthodoxe Vorschriften zu halten. Dieser Rahmen wurde von den meisten akzeptiert. Seit den 1990er Jahren setzen sich allerdings immer mehr jüdische Staatsbürger*innen über diesen Rahmen hinweg. Angesichts der zunehmenden Bedeutung eines säkularen Individualismus ist das Verhalten im Privaten oft anders: Hier werden Gesetze, die die Einhaltung von jüdisch-orthodoxen Vorschriften festlegen, gebrochen. Aus politischen Gründen werden diese Gesetze nicht geändert, gleichzeitig wird ihre Verletzung aber nicht geahndet. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Gültigkeit des „Status quo“, auf den man sich damals geeinigt hat, in der Praxis zunehmend aufgelöst, auch wenn sich das formelle Recht nicht geändert hat. Grund für diese Entwicklung sind, wie ich verdeutlichen möchte, Veränderungen in der Art und Weise, wie jüdische Staatsbürger*innen Israels ihre jüdische Identität verstehen.

Nicht alle dürfen heiraten wie sie wollen

In Israel ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass jüdische Staatsbürger*innen, die vom Staat als verheiratet anerkannt werden wollen, durch einen vom Oberrabbinat anerkannten Rabbiner orthodox getraut werden müssen. Das heißt, dass atheistische, aber auch dem Reform- und konservativen Judentum angehörende Juden und Jüdinnen, die eine andere als die orthodoxe Hochzeitszeremonie wünschen, vom Staat gezwungen werden, auf eine Weise zu heiraten, die ihren Überzeugungen widerspricht.

Dieser Eingriff in die Privatsphäre, insbesondere in einem so intimen und bedeutsamen Moment im Leben der Staatsbürger*innen, macht das israelische Ehegesetz, das 1953 in Kraft trat, zu einem der gravierendsten Beispiele für die Verletzung der Religions- und Gewissensfreiheit der jüdischen israelischen Staatsbürger*innen. (Die nichtjüdischen israelischen Staatsbürger*innen unterliegen in diesen Angelegenheiten ihren jeweiligen religiösen Institutionen.)

Abgesehen von Menschen, die nicht im Rabbinat heiraten wollen, aber dazu gezwungen werden, gibt es viele Staatsbürger*innen, die aufgrund dieses Gesetzes in Israel überhaupt nicht heiraten können: Hunderttausende Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion, die nach dem Rückkehrgesetz als einwanderungsberechtigt galten, aber vom israelischen Rabbinat nicht als Juden und Jüdinnen anerkannt werden.^[1] Darüber hinaus ermöglicht das israelische Ehegesetz keine Eheschließung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Partner*innen.

Dies schränkt die Möglichkeit ein, zu heiraten und eine Familie zu gründen – ein Grundrecht gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, denn laut Artikel 16 hat jeder erwachsene Mann und jede erwachsene Frau das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Dieses Recht gilt und wird geschützt, weil es nicht nur für das

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Selbstverständnis des einzelnen Individuums, sondern auch für das Selbstbestimmungsrecht bestimmter Gemeinschaften und ganzer Gesellschaften zentral ist.

Die Situation wurde etwas entschärft, als der israelische Oberste Gerichtshof 1963 entschied, dass der Staat auch im Ausland geschlossene Ehen anerkennt. Im Jahr 2006 dehnte der Oberste Gerichtshof dies auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften aus. Außerdem erweiterten die Gerichte im Laufe der Jahre die Rechte von Paaren, die ohne Trauschein verheiratet sind (*common law marriage*), und glichen sie formell an die anerkannter Ehepaare an. Nichtsdestotrotz bestehen immer noch Unterschiede, die systematische Diskriminierungen etwa in Bezug auf Adoptions-, Leihmutterchafts- und Steuerangelegenheiten mit sich bringen.

Die Kluft zwischen der formellen Rechtslage und der öffentlichen Meinung ist in Israel sehr groß. Genauso groß ist in Meinungsumfragen unter israelische Staatsbürger*innen die Zustimmung zur Einführung einer Zivilehe in Israel – also eines Gesetzes, das allen erlaubt, so zu heiraten, wie sie es möchten. Umfrage nach Umfrage zeigt, dass die große Mehrheit der israelischen Staatsbürger*innen, in der Regel über 60 Prozent, mitunter sogar über 70 Prozent, dies befürwortet.

Frei in der Tradition

Die Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und der Rechtslage war nicht immer so groß. In den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung fand es die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung nicht problematisch, dass sie den Befugnissen des Oberrabbinats unterstand. Das Eherecht wurde als ein gutes Arrangement angesehen, weil es den Rahmen dafür schuf, dass säkulare Menschen religiöse Traditionen weitgehend ablegen und ihren säkularen Nationalismus beibehalten konnten, während sie orthodoxe Juden brauchten, die ihnen als eine Art Priester (Kohanim) religiöse Dienste leisten, indem sie – in diesem Fall – den Hochzeitszeremonien vorstehen.

Dieses Arrangement ermöglichte es säkularen Juden und Jüdinnen, „frei“ zu leben und gleichzeitig eine positive Beziehung zu einer Tradition aufrechtzuerhalten, die für sie ironischerweise (und manche würden sagen, in problematischer Weise) die Grenzen der Nation definierte. Für die Halacha-einhaltenden Juden und Jüdinnen ermöglichte es sicherzustellen, dass der öffentliche Raum einen jüdisch-orthodoxen Charakter hat, und erfüllte sie mit einem Sendungsbewusstsein als eine Art Hüter der Tradition in Israel. Abgesehen von den palästinensischen Staatsbürger*innen gab es fast keine Israelis, die vom Oberrabbinat nicht als jüdisch anerkannt wurden, und so waren Eheschließungen außerhalb des Rabbinats selten.

Die stillschweigende Zustimmung des säkularen Mainstreams zum „Status quo“ begann in den 1980er Jahren zu bröckeln. Grund dafür war eine Reihe von parallel laufenden Entwicklungen, auf die ich weiter unten eingehen werde. In Verbindung mit der allgemeinen Abneigung der säkularen

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Öffentlichkeit gegenüber dem Oberrabbinat als degeneriertes und korruptes Establishment führten diese Entwicklungen zur Ablehnung des „Status quo“, der Abkehr von der Orthodoxie als einzigem Maßstab des „authentischen“ Judentums und der Suche nach verschiedenen alternativen Wegen, um eine positive Bezugnahme auf das Judentum und jüdische Identität individuell zum Ausdruck zu bringen. Auch die Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion, denen das Oberrabbinat die Eheschließung verwehrt, mussten außerhalb der bestehenden Institutionen eine Alternative für die Eheschließungszeremonie finden. Die zunehmende Verbreitung von Eheschließungen außerhalb des Oberrabbinats ist im Kontext dieser gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen.

Obwohl nach israelischem Recht Juden und Jüdinnen, die ohne das Oberrabbinat gemäß der Halacha^[2] heiraten, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden können, nimmt die Zahl der Paare, die ihre Ehe auf diese Weise schließen, zu. Obwohl dieses drakonische Gesetz, das als solches natürlich abzulehnen ist (und Israel zu einem der wenigen Länder auf der Welt macht, in denen Juden und Jüdinnen wegen der Durchführung einer religiösen Zeremonie ins Gefängnis kommen können), nicht durchgesetzt wird, wendet sich die jüdische Bevölkerung in Israel auch aus vielen anderen Gründen immer weiter vom Oberrabbinat ab, insbesondere weil die traditionelle Zeremonie Frauen in vielerlei Hinsicht diskriminiert.

Tausende Israelis heiraten im Ausland

Die Organisationen des konservativen als auch des Reformjudentums (die beide nicht im Oberrabbinat vertreten sind und nach israelischem Recht nicht berechtigt sind, Ehen zu schließen) geben an, dass in den letzten zehn Jahren die Anzahl der von ihnen abgehaltenen Hochzeitszeremonien gestiegen ist und dass es sich derzeit um 1.500 pro Jahr handelt (während circa 30.000 Paare im Jahr beim Oberrabbinat heiraten). Mehrere Hundert weitere alternative Zeremonien pro Jahr finden im Rahmen von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen statt. Dazu kommt noch die beträchtliche Zahl der im Ausland geschlossenen Ehen. Jedes Jahr heiraten etwa 10.000 Israelis nicht in Israel, sondern ziehen es vor oder sind gezwungen, im Ausland zu heiraten. Tatsächlich wurde das oben erwähnte Gesetz bezüglich der Freiheitsstrafe für diejenigen, die gemäß der Halacha, aber nicht mit Billigung des Rabbinats heiraten, erst im Jahr 2013 verabschiedet, als (erschrockene) Reaktion auf diese Entwicklung.

Die Art und Weise, wie Eheschließungen außerhalb der Institution des Rabbinats stattfinden, sind vielfältig, aber sie haben einige Gemeinsamkeiten, die mit der Motivation für die Durchführung einer Zeremonie zusammenhängen. Erstens lässt sich eine Privatisierung der Tradition beobachten, das heißt, dass die individuelle Initiative eine zentrale Rolle spielt. Dabei wird es als legitim erachtet, die traditionelle Zeremonie auseinanderzunehmen und nach persönlichen Vorlieben und Werten wieder neu zusammzusetzen. Dementsprechend ist bei Zeremonien außerhalb des Rabbinats häufig eine klare Stärkung der Position der Braut, also der Frau zu finden. Da für säkulare jüdische Israelis die Gleichstellung von Frauen und Männern meist

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

selbstverständlich ist, stellt für sie die Ungleichheit, die in der jüdisch-orthodoxen Zeremonie zum Ausdruck kommt, ein Problem dar. Die formalen und inhaltlichen Veränderungen in privaten Zeremonien beruhen zumeist auf diesen beiden Aspekten: der Zunahme der Legitimität, die eigene Religiosität – einschließlich privater Hochzeitszeremonien – selbst frei gestalten zu können, und der Kritik an der Diskriminierung der Frau. Darüber hinaus gibt es natürlich auch Hochzeitszeremonien von gleichgeschlechtlichen Paaren, bei denen die Tradition umgestaltet wird, um der Eheschließung von zwei Männern oder zwei Frauen oder Nicht-Binärgeschlechtlichen gerecht zu werden. All dies führt zu einer zunehmenden Abkehr vom hergebrachten „Status quo“. Es ist jedoch festzuhalten, dass Ehen, die in alternativen Zeremonien (einschließlich derer, die gemäß der Halacha) geschlossen werden, vom Staat nicht denselben offiziellen Status zugesprochen bekommen wie Eheschließungen durch das Rabbinat. Dies schreckt noch immer viele davon ab, ohne Rabbinat zu heiraten, selbst wenn sie gar nicht religiös sind.

Vom Tag der Ruhe zu den Schabbatkämpfen

Der wöchentliche Ruhetag, Schabbat, ist eine der heikelsten Fragen im Verhältnis zwischen Staat und Religion in Israel. Auf den ersten Blick scheint es sich dabei lediglich um einen wöchentlichen Ruhetag in einem Nationalstaat wie in anderen Ländern auch zu handeln. Tatsächlich aber ist der Schabbat seit Tausenden von Jahren eine der Grundfesten der jüdischen Identität. Während es nach jüdischer Tradition strikt verboten ist, am Schabbat zu arbeiten, gibt es in modernen Staaten Berufsgruppen wie Ärzt*innen, Polizist*innen, Krankenpfleger*innen, Elektrotechniker*innen oder Fluglots*innen, die sieben Tage die Woche arbeiten müssen. Darüber hinaus beeinflusst das Verhalten von säkularen Juden und Jüdinnen, die den Schabbat nicht auf traditionelle Weise begehen wollen, den Charakter des Schabbats in der Öffentlichkeit und mitunter auch im unmittelbaren Umfeld von Juden und Jüdinnen, die den Schabbat einhalten. Seit der Staatsgründung gibt es eine Kontroverse (die in Israel sogar als „Schabbat-Kriege“ bezeichnet wird) über die Schabbat-Arrangements, das heißt über die Form und den Charakter des Schabbats im öffentlichen Raum.

Ähnlich wie bei der Einstellung zum Eherecht gab es vor der Staatsgründung und in den ersten Jahrzehnten danach selbst unter säkularen Juden und Jüdinnen einen recht breiten Konsens darüber, dass am Schabbat so wenig wie möglich gearbeitet werden soll und möglichst keine Geschäfte geöffnet haben sollen. Tatsächlich war Tel Aviv, die von Zionist*innen gegründete säkulare Stadt, die erste, die 1937 eine kommunale Verordnung verabschiedete, der zufolge Geschäfte am Schabbat geschlossen bleiben mussten. Schon zuvor hatte der damalige Bürgermeister Meir Dizengoff erklärt, der Schabbat sei „das Zeichen nationaler Solidarität“ und jeder, der ihn verletze (also am Schabbat arbeite), „schädigt die Einheit Israels“. Diese Äußerung zeigt, dass der Schabbat den säkularen Zionist*innen als nationales Symbol diene, als ein

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

weiteres Zeichen für die tiefe Verbundenheit zwischen der rituellen und der ethnischen Dimension des Judentums. Deshalb hatten sie auch ein Interesse daran, dass der Schabbat eingehalten wird.

Offene Läden auch am Schabbat

Im Jahr 1951 wurde ein Gesetz erlassen, das es Juden und Jüdinnen verbietet, am Schabbat zu arbeiten (mit Ausnahme von denjenigen, die Notfalldienste leisten). Dies entsprach nicht nur der traditionellen Symbolik des Schabbats, sondern auch den sozialen Bestrebungen der damaligen zionistischen Führung, die sozialistisch war. Bis in die 1980er Jahre wurde der „Status quo“ nicht infrage gestellt: Es waren kaum Geschäfte am Schabbat geöffnet, mit Ausnahme von Haifa (wo eine Ausnahmeregelung getroffen wurde, da es sich um eine „gemischte“ Stadt mit jüdischen und arabischen Einwohner*innen handelt); es fuhren keine öffentlichen Verkehrsmittel im Land und auch die nationale Fluggesellschaft El Al flog am Schabbat nicht.

Seit Mitte der 1980er Jahre begann sich der „Status quo“ zu verändern und der Schabbat wurde säkularer. Immer mehr Geschäfte öffneten auch am Schabbat, was – obwohl oft eindeutig rechtswidrig – von den zuständigen Behörden geduldet wurde. Dabei spielten nicht nur säkulare Einstellungen eine Rolle, sondern auch neoliberale Motiven im Zusammenhang mit den damaligen Privatisierungsprozessen in der israelischen Wirtschaft. Im Jahr 1984 brach eine erbitterte Kontroverse über das Hechal-Kino in Petach Tikwa aus, das Filme auch am Schabbat zeigen wollte. Im Unterschied zu anderen Städten, in denen Kinos genauso offen gegen die kommunalen Vorschriften verstießen und am Schabbat geöffnet hatten, wollte der Bürgermeister von Petach Tikwa nämlich auch die Vorschriften ändern. Drei Jahre lang demonstrierten Einwohner*innen vor dem Kino für die Einhaltung des Schabbats und die Schließung des Kinos am Schabbat, aber es gab weiterhin Filmvorführungen an ebendiesem Tag. Die kommunalen Vorschriften in Petach Tikwa wurde letztendlich nicht geändert, aber weiter Kinos öffneten am Schabbat in dieser und in anderen Städten, einschließlich Jerusalem, eine Stadt mit ausgesprochen religiösem Charakter.

Mitte der 1990er Jahre begann eine neue Phase der Säkularisierung des öffentlichen Raums in Israel. Einkaufszentren begannen, am Schabbat zu öffnen, und die israelische Bevölkerung strömte zum Einkaufen dorthin. Zur gleichen Zeit wurden Geschäfte zuerst an Tankstellen und später in Innenstädten eingerichtet, die 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche offen sind – eine Praxis, die sich entweder auf Gesetzeslücken stützte oder offen rechtswidrig war. Heute gibt es mehr als 20 Einkaufszentren in Israel, die am Schabbat geöffnet haben und dann von Hundertausenden von Kund*innen aufgesucht werden. Und Hunderte von kleinen 24/7-Läden sind in Israel jeden Schabbat offen. Gegen die Öffnung dieser kleinen Geschäfte am Schabbat wurde versucht, ein Gesetz zu verabschieden (um gegen die großen vorzugehen, fehlte der Mut). Aber dies stieß auf breiten öffentlichen Protest, und verschiedene Städte änderten vorab ihre kommunalen Vorschriften, um das vorgeschlagene Gesetz ins Leere laufen zu lassen. Heute haben etwa 98 Prozent der Kinos, 65 Prozent der Museen, 83 Prozent der großen

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Kulturinstitutionen und etwa 20 Prozent der Einkaufszentren am Schabbat geöffnet. Etwa 40 Prozent der israelischen Bevölkerung kaufen gewöhnlich am Schabbat ein.

Anhaltende Kluft zwischen Gesetz und Praxis

Auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs gab es Veränderungen. Im Jahr 1994 erhielten Sammeltaxis die offizielle Genehmigung, ihre Dienste für Fahrten zwischen Städten und innerhalb von Städten auch am Schabbat anzubieten. Seit 2019 kooperiert die Stadt Tel Aviv mit verschiedenen umliegenden Städten, um Fahrten mit dem öffentlichen Personennahverkehr auch am Schabbat anzubieten. Somit gibt es in Israel erstmals eine Infrastruktur, die es den Einwohner*innen, die im Zentrum des Landes leben und kein eigenes Auto besitzen, ermöglicht, am Schabbat über dieses Verkehrsnetz günstig von Ort zu Ort zu gelangen. Wer jedoch nicht dort lebt oder in andere Teile des Landes fahren möchte, ist weiterhin auf private Transportmittel angewiesen.

Auch hier entspricht die Rechtslage nicht den tatsächlichen Bedürfnissen. Aber anstatt die Gesetze zu ändern, wird die Kluft zwischen dem formellen Recht und dem praktisch Erforderlichen durch lokale oder temporäre Regelungen überbrückt. Taxis statt Busse, Stadtverwaltung statt Regierung. Wie bei der Frage der Eheschließung reagierte der Staat mit einer Verschärfung des Rechts,^[3] anstatt es in die Richtung zu ändern, an der die Öffentlichkeit interessiert ist. Ebenfalls ähnlich ist, dass auch hier das neue Gesetz nicht durchgesetzt wird und dass die Praxis von einer anderen Logik bestimmt wird als jener, der die Regierung folgt.

In den 73 Jahren seit Bestehen des Staates Israel waren religiöse Parteien 67 Jahre lang Teil der Regierungskoalition und haben das Land mitgestaltet. Am 13. Juni 2021 wurde zum dritten Mal die langjährige Monopolstellung der religiösen Parteien, ohne die eine Regierungsbildung in Israel meist nicht möglich war, gebrochen. Andererseits ist der derzeitige Premierminister zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein die Halacha-einhaltender orthodoxer Jude, der der religiös-zionistischen Strömung angehört.

Aber warum ist die Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und dem formellen Recht so groß? Warum ist der „Status quo“ zerbrochen?

Das Ende des „Status quo“

In den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung stimmte die säkulare jüdische Bevölkerung in Israel den religiösen Beschränkungen, die ihnen der vereinbarte „Status quo“ auferlegte, zu. Das

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

betrifft nicht nur das Eherecht und die mit dem Schabbat einhergehenden Regelungen, sondern eine Vielzahl anderer Gesetze, die auf dem durch den „Status quo“ geschaffenen Verhältnis zwischen Staat und Religion beruhen – zum Beispiel im Bereich der Kaschrut das „Schweinegesetz“ von 1962, das Juden und Jüdinnen die Aufzucht und Schlachtung von Schweinen verbietet (Schweinefleisch ist nach jüdischer Tradition striktes Tabu). Die Mehrheit der jüdischen israelischen Bevölkerung war mit der Situation völlig einverstanden. Für Juden und Jüdinnen, die gemäß der Halacha leben, erleichterte der „Status quo“ eine religiöse Lebensweise, die sie für die richtige hielten, und ermöglichte ihnen eine stärkere Identifikation mit dem Staat. Säkulare Juden und Jüdinnen wollten die nationalen Symbole stärken und den Staat mit dem ausstatten, was ihn, ihrer Meinung nach, zu einem jüdischen Staat machte. So schrieb zum Beispiel der bekannte säkulare Dichter und Publizist Nathan Alterman 1956, dass die Schweinezucht aus Gründen der kulturellen und nationalen Identität verboten werden sollte. Der säkularen jüdischen Bevölkerung ging es auch darum, Leerstellen zu füllen, die sich aus ihrer säkularen zionistischen Identität ergaben, insbesondere im Hinblick auf Übergangsriten wie Eheschließung, Übertritt zum Judentum oder Beerdigungen. Diese Rituale und Bräuche waren Teil des Selbstverständnisses des säkularen Zionismus. Dementsprechend begann der „Status quo“ erst zu zerbröckeln, als sich auch die hergebrachte säkulare zionistische Identität auflösen begann.

Wie bereits erwähnt, musste sich das Judentum zu Beginn der Neuzeit neu erfinden. Einige der Juden und Jüdinnen, die in europäischen Ländern lebten, machten ihr Judentum zu einer Religion: Für Reform-, konservative oder neo-orthodoxe Juden und Jüdinnen ist ihr Judentum zu einer Konfession geworden, während sie sich in Bezug auf ihre Nationalität mit den Ländern, die ihnen die Staatsbürgerschaft verliehen hatten, identifizierten. So wurden sie zum Beispiel „Deutsche mosaischen Glaubens“. Andere Juden und Jüdinnen wurden ultraorthodox, das heißt sie nahmen die Identität einer abgeschiedenen und in sich geschlossenen Ultraorthodoxie an. Wiederum andere Juden und Jüdinnen, die Zionist*innen, waren bestrebt, die ethnische und nationale Dimension ihrer Identität zu stärken.

Eine alternative jüdische Identität

Der Zionismus wollte eine alternative jüdische Identität zur religiösen anbieten, eine Identität, die auch auf der nationalen Dimension gründet. Sie hatten sogar eine Bezeichnung für einen solchen Juden: „der Hebräer“. Der Hebräer war der säkular-sozialistische Jude, den der politisch linke Zionismus als jüdisch-nationale Identität förderte. Das „Hebräertum“ pries Souveränität, Aktivismus, Initiative, Säkularismus, Innovation, das Kollektiv, Modernität und „Normalität“. Es wollte einen ganzen, „gesunden“ Menschen schaffen, der eine gerechte, vorbildliche Gesellschaft nach der Vision der Propheten und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht aufbaut. Es strebte an, dass der Einzelne sich für das Kollektiv opfert, und betonte, dass dem Kollektiv mehr Wert zuzumessen ist als dem Einzelnen. Das Hebräertum behauptete das glückliche Ende einer

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

2.000-jährigen Wanderung im Exil zu sein. Ein Ende, das den Leiden des jüdischen Volkes eine neue Bedeutung verleiht, als etwas, das in eine bessere moderne Existenz führt, und nicht als messianische Zaubershow. Der Hebräer, das heißt der in Israel lebende Jude, war jener „volle Jude,“ wie ihn der Schriftsteller A. B. Jehoshua nannte, im Gegensatz zu den religiösen, ultraorthodoxen oder Reformjuden, die sich dazu entschieden hatte, geistig und physisch im Exil zu bleiben und nur teilweise Juden zu sein.

Das Hebräertum, das eine säkulare nationale Identität war, begann sich in den 1970er Jahren aufzulösen, nach dem Trauma des Jom-Kippur-Kriegs (1973) und nachdem die säkulare Rechte die Regierung 1977 übernahm. Verschiedene Entwicklungen in den 1980er Jahren haben es weiter ausgehöhlt und bewirkten zusammen eine Veränderung in der Einstellung der säkularen Öffentlichkeit gegenüber dem „Status quo“. Zu diesen Entwicklungen gehörten weitreichende Veränderungen in der Struktur der israelischen Wirtschaft (die Einführung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und umfassende Privatisierung), im Verhältnis der Öffentlichkeit zur Regierung (die Vertrauenskrise im Zuge des Ersten Libanon-Kriegs), im juristischen Paradigma (Intensivierung des Diskurses über Rechte) und in der Demografie (die große Einwanderung aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion). Jede dieser Entwicklungen trug zum Niedergang des kollektivistisch-republikanischen Ethos bei, das die Kooperation zwischen der säkular-sozialistischen Arbeitspartei und der national-religiösen Partei bis in die 1980er Jahre gekennzeichnet hatte, und förderte den Aufstieg eines liberal-individualistischen Ethos.

Israels eigene Globalisierung

Mit anderen Worten: Israel hat einen Globalisierungsprozess durchlaufen. Die Privatisierung in der Wirtschaft und das Eindringen von Nützlichkeits- und Konsumlogik wirkten sich direkt auf die Weltanschauung und die Wertevorstellungen in Israel aus. Westliche (meist US-amerikanische) Vorstellungen über individuelles spirituelles Streben und die Gestaltung individueller religiöser Identität stießen auf offene Ohren. Zum ersten Mal seit der Staatsgründung galten private Formen jüdischer Identität als legitim und es wurde üblich, sie autonom, unabhängig vom orthodoxen Establishment, zu bestimmen.

Diese Entwicklung fiel mit der Auflösung des „Hebräers“ als jüdischer Identität zusammen. Nachdem die sozialistischen Ideale von Mapai und das Ethos der kollektiven Verwirklichung ihre Gültigkeit verloren hatten,^[4] suchten säkulare Juden und Jüdinnen nach einer neuen Möglichkeit, ihre jüdische Identität zum Ausdruck zu bringen. Diese Möglichkeit wurde, wie zu erwarten war, in der Tradition gefunden, aber nicht als Rückkehr zur Orthodoxie. Da diese säkularen Juden und Jüdinnen den westlichen Individualismus bereits verinnerlicht hatten, waren die meisten von ihnen nicht bereit, sich in den fordernden, kollektivistischen Rahmen der Halacha zu begeben. Es entsprach ihren Bedürfnissen mehr, ihre jüdische Identität durch Interesse an der Tradition auf der kulturellen Ebene (in pluralistischen Thora-Seminaren) oder auf der spirituellen Ebene (in New-Age-

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Gruppen) Ausdruck zu verleihen und sich ihr eigenes jüdisches Selbstverständnis zu suchen.

Der jüdische Nationalismus lässt sich gut integrieren, da er reich an jüdischen Elementen ist, ohne eine Änderung des Lebensstils zu fordern. Neben der privaten individualistischen Suche nach jüdischer Identität gründen viele säkulare Juden und Jüdinnen in Israel heute ihre Identität auf die ethnisch-nationale Dimension. Aber auch dies ist keine Rückkehr zum Hergebrachten. Der Staat wird jetzt über die Tradition gestellt und die damals als „Status quo“ beschlossenen Übereinkommen, wie zum Beispiel in Bezug auf den Schabbat und die Kaschrut, werden als unnötige Gesetze angesehen, die das Leben der Menschen im Land ungerechtfertigt einschränken.

Nationalistischer und liberaler zugleich

Diese Kombination aus unterschiedlichen Entwicklungen erklärt, warum die israelische Gesellschaft einerseits traditioneller und nationalistischer und andererseits liberaler geworden ist (wobei dieser Liberalismus die Einstellung der jüdischen Bevölkerung gegenüber den Palästinenser*innen nicht mit einschließt). Der „Status quo“ zerfällt, weil er für die meisten Juden und Jüdinnen in Israel nicht mehr ein wesentlicher Bestandteil ihrer jüdischen Identität ist. Im Gegenteil, er ist heute ein Hindernis, das dem jüdischen (oder anderen) Selbstverständnis vieler Israelis und der Entwicklung ihrer privaten oder ethno-nationalen jüdischen Identität im Wege steht.

Seit dem 18. Jahrhundert ist für Juden und Jüdinnen die Frage nach ihrer „jüdischen Identität“ eine zentrale. Es ist kein Wunder, dass sich Juden und Jüdinnen als Zugehörige zu einer sozialen Gruppe, die gezwungen war, ihr traditionelles, im existenziellen Sinne selbstverständliches Dasein aufzugeben und sich der modernen westlichen Kultur anzupassen, immer wieder in Zyklen der Identitätssuche und -formung befinden. Der säkular-sozialistische Zionismus bot eine „hebräische“, nationalistische, kollektivistische, säkulare Version der jüdischen Identität an. Die Abkehr von dieser Version brachte den gegenwärtigen Zyklus der Gestaltung der jüdischen Identität in Israel hervor: eine individuelle, aber der Tradition nahestehende, post-orthodoxe, ethno-nationale Identität. Inzwischen ist der „Status quo“ im Verhältnis zwischen Staat und Religion für die jüdische Bevölkerung in Israel nicht mehr relevant. Obwohl sich die Gesetze aufgrund politischer Zwänge nicht geändert haben, ist die tatsächliche Praxis heute eine ganz andere.\

Übersetzt von Ursula Wokoeck Wollin

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Tomer Persico hat die Koret-Gastprofessur am Institut für Jüdisches Recht und Israelstudien der Universität von Kalifornien in Berkeley inne, wo er außerdem am Zentrum für Nah- und Mittelost-Studien forscht und lehrt. Auf Hebräisch sind von ihm erschienen: „Meditatsija Jehudit“ (Jüdische Meditation) und „Adam b'Tselem Elohim“ (Mensch im Ebenbild Gottes).

Weiterführende Literatur

Batnitzky, Leora (2011): *How Judaism Became a Religion. An Introduction to Modern Jewish Thought*, Princeton: Princeton University Press.

Ben-Porat, Guy (2013): *Between State and Synagogue. The Secularization of Modern Israel*, Cambridge: Cambridge University Press.

Friedman, Menachem (1990): *The Chronicle of the Status-Quo. Religion and State in Israel*, in: Pilowsky, V. (Hrsg.): *Transition from „Yishuv“ to State – 1947–1949. Continuity and Change*, Haifa: University of Haifa, S. 47–80 (Hebräisch).

Friedman, Shuki (2019): *The Erosion of the Religion and State Status Quo*, Jerusalem: Israel Democracy Institute (Hebräisch).

Sharot, Stephen (1991): *Judaism and the Secularization Debate*, in: *Sociological Analysis* 52 (3), S. 255–275.

Yadgar, Yaacov (2017): *Sovereign Jews: Israel, Zionism, and Judaism*, New York: SUNY Press.

Anmerkungen

[1] Die Frage, wer in Israel offiziell als jüdisch gilt, stellte sich erstmals 1958, als der damalige Innenminister jede Person, die erklärt, jüdisch zu sein, als solche registrieren wollte. Das löste in Israel und im Ausland eine große öffentliche Debatte aus, da sie Auswirkungen auf das Rückkehrgesetz von 1950 hatte, das festlegte, dass jeder Jude/jede Jüdin das Recht hat, nach Israel einzuwandern, aber nicht definierte, wer als jüdisch gilt. Infolgedessen änderte die Knesset 1970 das Rückkehrgesetz und legte fest, dass diejenige Person als jüdisch gilt, die von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder die zum Judentum konvertiert ist und keiner anderen Religionsgemeinschaft angehört. In der Gesetzesänderung wurde außerdem festgelegt, dass auch nichtjüdische Menschen, die Kinder oder Enkel von jüdischen Menschen sind, sowie solche, deren

Rosa Luxemburg Stiftung Israel

Das Israel-Büro der Rosa Luxemburg Stiftung in Tel Aviv bietet Hintergrundberichte rund um die Themen Demokratie, Menschenrechte & Nahostkonflikt; Wirtschaft & Gewerkschaften; Rassismus & Geflüchtete, sowie Geschichte & Kultur aus einer linken & progressiven Perspektive.

<https://www.rosalux.org.il>

Ehepartner*innen jüdisch sind, nach dem Rückkehrgesetz zur Einwanderung berechtigt sind. Diese Änderung ermöglichte die Einwanderung von mehr als 300.000 Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, die in Israel nicht als jüdisch anerkannt sind.

[2] Für die Elemente einer Hochzeitszeremonie gemäß der Halacha siehe: www.itim.org.il/en/itim-guide-to-getting-married-in-israel/.

[3] So verhinderte der damalige Innenminister Gideon Saar 2014 die Änderung einer kommunalen Verordnung, die die Öffnung von Supermärkten in Tel Aviv am Sabbat vorsah:
<https://hiddush.org/article-4645-0-/Default.aspx>.

[4] Zum Zerfall der Kibbuzim in Israel während dieser Jahre siehe: www.rosalux.org.il/kibbuz-offentlichkeit/.